

- (A) schwestern dürfen nicht streiken, sie haben keinen Kündigungsschutz, sie können keinen Betriebsrat wählen, und sie können kein Arbeitsgericht anrufen, wenn ihnen gekündigt wird. – Schwesternschaft aus, so darf sie zwei Jahre lang in keinem DRK-K

. W

- und schutzloses Arbeitsverhältnis einfach hinnehmen?

Immerhin haben sich die DRK-Schwester in Essen gewehrt. Dort wandte sich der Betriebsrat gegen die unbefristete Entleihung einer Rotkreuzschwester, mit dem Verweis, das sei Leiharbeit und die sei nur vorübergehend gestattet. Der Fall ging bis vor den Europäischen Gerichtshof. Und der gab dem Essener Betriebsrat Recht. Der Sonderstatus der Rotkreuzschwestern sei nicht mit der europäischen Leiharbeitsrichtlinie vereinbar, urteilte er.

Das Bundesarbeitsgericht schloss sich dieser Rechtsauffassung an. – Das Bundesgesetz setzte neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist, damit auch für die Rotkreuzschwestern gelten. Dieses Gesetz kritisiere ich noch immer. Aber im Falle der DRK-Schwester könnte die neue Höchstüberlassungsdauer nach 18 Monaten dazu führen, dass die Schwestern von den Gestellungspartnern übernommen werden; denn in dieser Branche werden ja immerhin händelnd Fachkräfte gesucht. Damit hätten die Schwestern endlich einen regulären Arbeitsvertrag und damit auch alle Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte, wie alle anderen Beschäftigten auch.

(B)

Doch dazu wird es nicht kommen. Denn das Deutsche Rote Kreuz pochte auf seinen Sonderstatus – und fand bei Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und den Regierungsfractionen Gehör. Flugs wurde ein Änderungsantrag geschrieben, mit dem das DRK-Gesetz geändert wird, und zwar in einem einzigen Punkt: Die 18-monatige Höchstüberlassungsdauer gilt künftig nur für Rotkreuz. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde diese Gesetzesänderung jetzt versteckt in einem Gesetz zur Rentenüberleitung (Omnibusverfahren) in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Diese Gesetzesänderung lehne ich strikt ab. Denn die DRK-Schwester müssen endlich als normale Arbeitnehmerinnen anerkannt werden, mit allen Rechten und Pflichten. Mit dieser Gesetzesänderung passiert aber genau das Gegenteil. Das ist nicht zeitgemäß und auch nicht europarechtskonform.

Anlage 12

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) zu der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg, Omid Nouripour, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Abschiebung

nach Afghanistan aussetzen (Tagesordnungspunkt 47 n) (C)

Ich habe versehentlich mit Nein gestimmt. Mein Votum

Anlage 13

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Johannes Kahrs (SPD) zu der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke: Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan (Zusatztagesordnungspunkt 10)

Ich habe versehentlich mit Ja gestimmt. Mein Votum lautet Nein.

Anlage 14

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Johannes Kahrs (SPD) zu der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Neue Lagebeurteilung für Afghanistan (Zusatztagesordnungspunkt 11)

Ich habe versehentlich mit Nein gestimmt. Mein Votum

(D)

Anlage 15

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung:

- des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie
- der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kontogebühren – Transparenz und Verbraucherschutz erhöhen

(Tagesordnungspunkt 20 a und b)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nach den umfangreichen Beratungen der letzten Wochen bringen wir heute die Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie zum Abschluss. Wir wollen damit erreichen, dass derjenige, der elektronisch bargeldlos zahlt, dies in Zukunft noch bequemer und sicherer tun kann. Mit dem Gesetz passen wir den Rechtsrahmen an den technologischen Fortschritt an und fördern Innovationen im Bereich der elektronischen und mobilen Zahlungen. Gleichzeitig stärken wir den Verbraucherschutz und erhöhen die Sicherheit von Zahlungen.

- (A) Mit dem Gesetz gehen wir zudem einige Themen außerhalb des Zahlungsverkehrs an. Beispielsweise sorgen wir dafür, dass bei Anschlussfinanzierungen und Umschuldungen für Wohnimmobilienkredite künftig grundsätzlich keine erneute Kreditwürdigkeitsprüfung mehr notwendig sein wird. Vor allem geht es bei dem Gesetz aber um das Thema Zahlungsverkehr: Wir beschließen heute wesentliche Verbesserungen für elektronische Zahlungen.

Auf drei wesentliche Themen möchte ich näher eingehen:

Erstens. Wir ermöglichen der BaFin, auch neuartige Finanzdienstleister zu beaufsichtigen. Zweitens. Wir machen elektronische Zahlungen sicherer. Drittens. Wir verbieten Preisaufschläge für den Einsatz gängiger Zahlungsmittel.

Zu Punkt 1, der erweiterten Aufsicht: Wer seine Bankgeschäfte auf dem Smartphone erledigt, der nutzt dafür vielleicht schon heute eine App, die ihm einen Überblick über seine Konten bei verschiedenen Banken ermöglicht. Solche Kontoinformationsdienste verschaffen schnell einen Überblick über die eigenen Finanzen. Aber nicht nur der Blick auf die eigenen Konten, sondern auch der Geldtransfer von diesen eigenen Konten erfolgt immer häufiger elektronisch.

- (B) Wenn ein Kunde zum Beispiel seinen Onlineeinkauf per Sofortüberweisung bezahlen möchte, prüft der Dienst erst, ob der Kunde genug Geld auf dem Konto hat, und veranlasst dann die Zahlung. Solche Zahlungsauslösedienste machen das Bezahlen im Internet einfacher. Mit diesem technologischen Fortschritt gehen aber auch Gefahren einher, vor allem wenn es um sensible Kontodaten geht.

Früher war das eine Sache zwischen dem Kontoinhaber auf der einen Seite und seiner Bank auf der anderen Seite. Wenn heute ein Dienst dazwischentritt, dann muss klar sein, dass Kontoinformationen nur über sichere Kanäle übertragen werden, Informationen nur im benötigten Maße abgefragt und gespeichert werden und dass genau nachverfolgt werden kann, wer wann auf das Konto zugegriffen hat. Hohe Sicherheitsanforderungen und strenger Datenschutz müssen hier selbstverständlich sein und können mit dem heutigen Gesetz endlich auch durch die Aufsicht der BaFin sichergestellt werden. Damit stärken wir nachhaltig den Verbraucherschutz.

Wir erhöhen die Sicherheit aber auch bei elektronischen Zahlungen, bei denen kein Zahlungsauslösedienst zwischengeschaltet ist. Damit komme ich zu Punkt 2, der vor allem normale Onlineüberweisungen betrifft. Hierbei wird die Identität des Kontoinhabers künftig durch zwei Merkmale überprüft. Das kann etwa das PIN/TAN-Verfahren sein – als ein klassisches Beispiel einer starken Kundenauthentifizierung. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Anzahl missbräuchlich ausgelöster elektronischer Zahlungen weiter reduzieren. Die Details zur starken Kundenauthentifizierung werden gerade auf europäischer Ebene ausgearbeitet. Wichtig ist uns als CDU/CSU hierbei besonders, dass Komfort und Sicherheit im Einklang miteinander stehen.

- (C) Sollte es doch einmal dazu kommen, dass eine nicht autorisierte Zahlung ausgelöst wird, so kann sich der Verbraucher auch hier darauf verlassen, dass ihn die neuen Regelungen schützen. Wir verbessern dazu die Haftungsverteilung, vor allem bei Kreditkartenmissbrauch. Der Verbraucher haftet anstatt gegenwärtig mit 150 Euro in Zukunft maximal mit 50 Euro. Auch das ist ein weiterer Schritt zu mehr Verbraucherschutz im Zahlungsverkehr.

Abschließend – damit komme ich zu Punkt 3 – gehen wir das Problem der Zahlungsmittelentgelte an. Bis heute kommt es oft bei Zahlungen im Internet zu bösen Überraschungen: Wer zum Beispiel online ein Bahnticket oder eine Flugreise bucht, der wird bei der Zahlung etwa per Kreditkarte häufig mit Zusatzkosten zur Kasse gebeten. Wir schieben mit dem Gesetz solchen Preisaufschlägen für Überweisungen, Lastschriften und die Nutzung gängiger Zahlungskarten einen Riegel vor. Anbieter nicht gängiger Zahlungsmittel fordern wir auf, ihre Preis- und Vertragsstruktur so anzupassen, dass die Händler in die Lage versetzt werden, auch diese in Zukunft entgeltfrei anzubieten.

Mit dem Gesetz schaffen wir zahlreiche Verbesserungen für Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir vergrößern das Angebot an regulierten Zahlungsmethoden und erhöhen somit gleichzeitig Sicherheit und Komfort für die Kunden. Wir passen die Rechtslage an neue Technologien an und halten mit Innovationen Schritt. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Gesetz.

- (D) **Dr. Frank Steffel (CDU/CSU):** Mein Kollege Hauer hat bereits seine Ausführungen zur Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie gemacht, ich beschränke mich daher auf das Thema „Kleinanlegerschutzgesetz“.

Im Jahr 2015 haben wir ein Gesetz zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger, hier im Besonderen der Kleinanleger, verabschiedet, das gut war, gut ist und deshalb auch in die richtige Richtung weist. Kurz: Das Gesetz wirkt! Es ist gut, weil wir vor zwei Jahren ein Gesetz beschlossen haben, bei dem wir auf praktisch alle Eingaben – ob von Verbänden, Organisationen, Kirchen, Bürgerinitiativen, Sportvereinen, Kulturprojekten oder freien Schulen – eingegangen sind und diese weitestgehend berücksichtigt haben. Es ist gut, weil wir Kleinanlegern damit die Chance gewahrt haben, individuell und gut informiert Produkte am Kapitalmarkt auszuwählen.

Es ist gut, weil wir Warnhinweise verschärft, aber gleichzeitig seriöse Werbung in den Medien nicht eingeschränkt haben. Es ist gut, weil wir die Grenze für die Prospektpflicht von 1 auf 2,5 Millionen Euro erhöht haben, was Bürokratie und Kosten gerade für soziale Projekte reduziert. Es ist gut, weil wir unzählige Sportvereine, zahlreiche Kulturprojekte und auch viele freie Schulen mit einer Sonderregelung für gemeinnützige Organisationen vor größeren bürokratischen Aufgaben bewahrt haben. Ehrenamtliche sollen ihr Engagement entfalten, nicht Schriftsätze und Fragebögen falten! Und es ist auch gut, weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, mit Ihrer Enthaltung, der höchsten Form der Zustimmung, die in einer parlamentarischen Demokratie